

zeit die politische Diskussion in Deutschland prägen: Zivilgesellschaft, Empowerment, Integration, Grundwerte, bürgerschaftliches Engagement, Beteiligungskultur, Aktivierung und andere mehr.

Die arbeitsbezogene Gesundheitsberichterstattung der Länder. Eine Untersuchung zu Entwicklung, Gegenstand, Wirkungen und Wirkungsbedingungen. Von Joseph Kuhn. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2006, 216 S., EUR 21,90 *DZI-D-7800*

Die Arbeit ist einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Gesundheit der Menschen. In der Gesundheitsberichterstattung der Kommunen und der Länder spielt die Arbeitswelt jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Das Buch untersucht diesen Sachverhalt anhand folgender Leitfragen: Wie hat sich die Gesundheitsberichterstattung historisch entwickelt? Warum sind arbeitsweltbezogene Inhalte aus der Gesundheitsberichterstattung verschwinden und was müsste sie heute leisten? Welche Datenquellen stehen dafür zur Verfügung und unter welchen Voraussetzungen entfaltet die arbeitsweltbezogene Gesundheitsberichterstattung politische Wirkungen? Das Buch stellt die Berichterstattung in den Kontext kommunaler beziehungsweise staatlicher Aufgabenerfüllung und leitet daraus die konzeptionellen Vorgaben für die Gesundheitsberichterstattung ab. Anschließend werden Konsequenzen für die Public-Health-Forschung formuliert.

Gemeinnützigkeit in Europa. Steuer- und europarechtliche Rahmenbedingungen. Von Monika Jachmann. Richard Boorberg Verlag. Stuttgart 2006, 64 S., EUR 39,80 *DZI-D-7804*

Mit Vorlage an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in der Rechtssache Stauffer vom 14. März 2004 hat der Bundesfinanzhof die Frage nach der Europakonformität des deutschen steuerrechtlichen Gemeinnützigkeitsrechts aufgeworfen. Vor diesem Hintergrund zeigt die Autorin die sich aus den europäischen Grundfreiheiten und dem europäischen Beihilferecht ergebenden Vorgaben für die Europakonformität des nationalen steuerrechtlichen Gemeinnützigkeitsrechts auf. Die zentrale Problematik besteht in der fehlenden Deckungsgleichheit zwischen der Rechtfertigung der gemeinnützigkeitsrechtlichen Begünstigungen durch das nationale Recht und der Rechtfertigung von Begünstigungen durch die europarechtlichen Direktiven zur gemeinnützigen Zweckverfolgung: Das deutsche Recht geht von einer auf das nationale Gemeinwohl bezogenen steuersubstituierenden Qualität der gemeinnützigen Zweckverfolgungen aus, während die europarechtlichen Direktiven dem alleinigen Ziel der Wahrung des europäischen Wettbewerbs dienen. Hier zeigt sich prototypisch der Konflikt zwischen der in Europa bislang gewollten Nationalstaatlichkeit einschließlich nationaler Finanzautonomie und der vom EuGH vertretenen Idee, dass sich die Hoheitsgewalt allein auf die Wettbewerbswahrung gründet.

Impressum

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien
Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Hildebrand Ptak (Evangelische Fachhochschule Berlin); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung); Heiner Stockschlaeder (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. 7% MwSt. und Versandkosten, Inland) Kündigung bestehender Abonnements jeweils schriftlich drei Monate vor Jahresende.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Übersetzung: Belinda Dolega-Pappé

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin

Druck: druckmuck@digital e.K., Großbeerenstr. 2-10, 12107 Berlin

ISSN 0490-1606